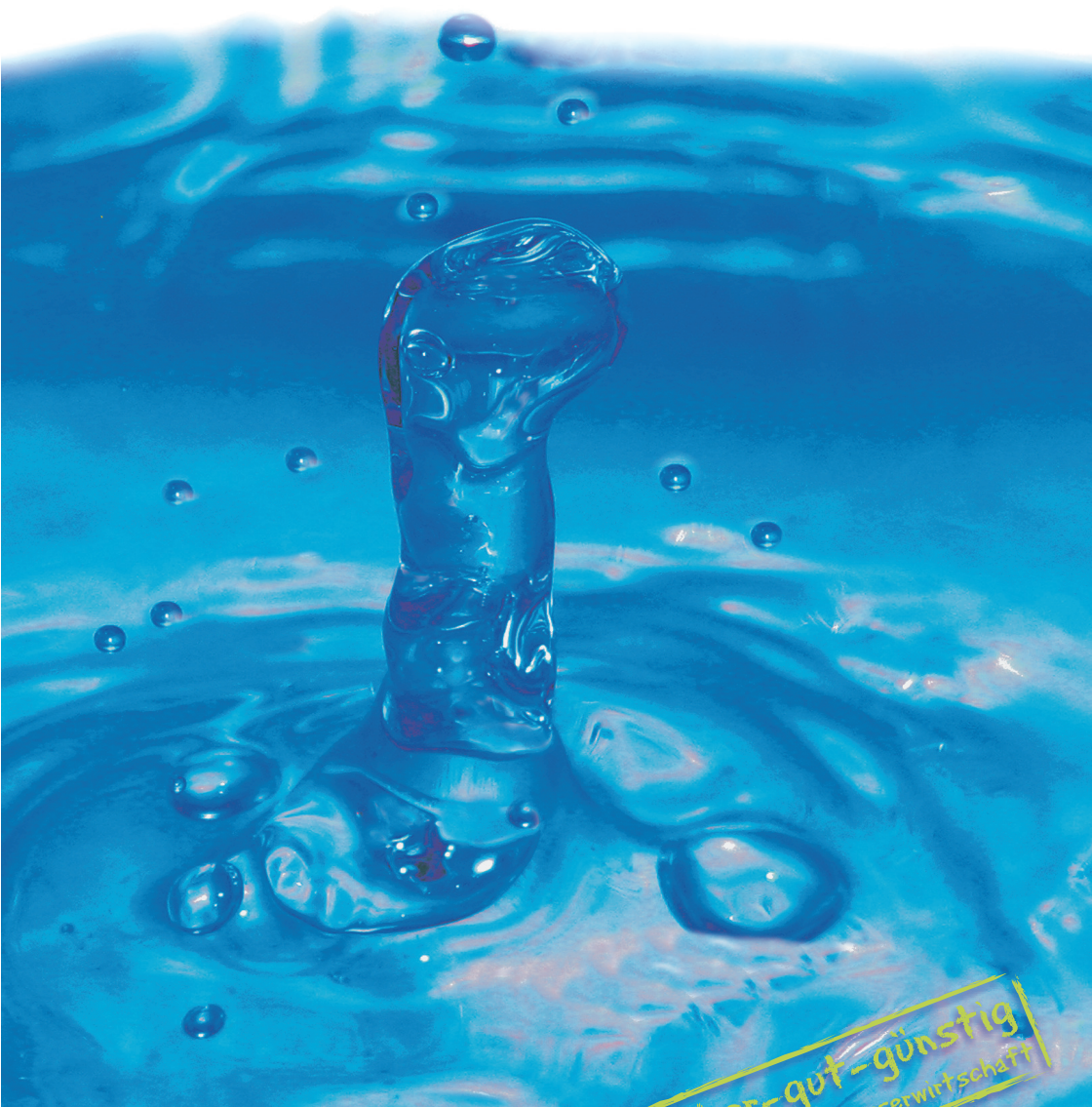


Positionen

der öffentlichen Wasserwirtschaft



sicher-gut-günstig
die öffentliche Wasserwirtschaft



AöW

Allianz der öffentlichen
Wasserwirtschaft e.V.

Erfolgreiches Engagement der öffentlichen Wasserwirtschaft



Die deutsche Wasserwirtschaft ist traditionell von öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen geprägt. Mehr als 90 Prozent der Abwasserentsorgung und rund 60 Prozent der Trinkwasserversorgung werden erfolgreich und zu günstigen Preisen von öffentlich-rechtlichen Organisationsformen oder von kommunalen Gesellschaften geleistet. Die Wasserwirtschaft ist damit ein wesentlicher Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Kommunen müssen die Organisation zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben frei wählen können und dürfen, soweit sie die Abwasserbeseitigung selbst erbringen, nicht steuerpflichtig werden.

1. Wo die öffentliche Wasserwirtschaft steht

Trinkwasserqualität

Deutsches Trinkwasser hat Spitzenqualität!

Die deutsche Trinkwasserverordnung setzt die schärfsten Standards für Trinkwasser weltweit. Zusätzlich werden die nach der Trinkwasserverordnung geforderten Grenzwerte flächendeckend weit unterschritten. Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In Deutschland fließt jedoch aus jedem Wasserhahn Trinkwasser in Spitzenqualität! Die hohe Qualität des Trinkwassers wird in Deutschland mit Hilfe von mehr als 17.000 Wasserschutzgebieten, durch besonders geschützte Trinkwassertalsperren und durch Kooperationen mit der Landwirtschaft gewährleistet. Örtliche Vorkommen und Ressourcenschutz haben Vorrang vor der Fernwasser-Versorgung.

Trinkwasserverluste

Die deutsche Wasserwirtschaft ist äußerst effizient!

In Deutschland gehen nur rund 7 Prozent des Trinkwassers beim Transport in den Netzen verloren. Das ist äußerst Ressourcen schonend und europaweit vorbildlich. Zum Vergleich: Die Trinkwasserverluste in England/Wales liegen bei 19 Prozent und in Frankreich bei 26 Prozent. Allein in London versickern täglich über 800 Millionen Liter Trinkwasser (entsprechend mehr als 5 Millionen Badewannenfüllungen) aus dem privaten Trinkwasserleitungsnetz im Boden! Die englische Wasserwirtschaft ist privatisiert, in Frankreich wird die Betriebsführung im Konzessionswettbewerb vergeben.

Den Markt teilen sich dort wenige Unternehmen.

Auch wenn ausreichende Trinkwassermengen vorhanden sind, ist in Deutschland die effiziente Bewirtschaftung Gesetz.

Standards der Abwasserreinigung

Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Abwasserwirtschaft ist Spitzenmäßig, nachhaltig und zuverlässig!

Die deutsche Abwasserreinigung liegt im europäischen Vergleich an der Spitze. In Deutschland werden 96 Prozent der Abwassermenge nach dem höchsten EU-Standard (3. Reinigungsstufe nach EU-Richtlinie „Kommunales Abwasser“) behandelt. Im Vergleich dazu liegt das Niveau in England/Wales nur bei 39 Prozent, in Frankreich nur bei rund 36 Prozent, in Belgien nur bei 29 Prozent und in Finnland sogar nur bei 7 Prozent.

Anschlussgrad

Überdurchschnittliche Anschlussgrade - dank öffentlicher Ver- und Entsorger werden auch „unrentable“ Regionen bedient!

Der hohe Qualitätsstandard der Wasserwirtschaft in Deutschland wird außerdem durch den Anschlussgrad an die öffentliche Versorgung und Entsorgung verdeutlicht. In Deutschland sind 99 Prozent der Bevölkerung an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen. 95 Prozent sind an Abwasserbehandlungsanlagen angeschlossen. Dies ist

im internationalen Vergleich ein überdurchschnittlicher Wert. Beispielsweise sind in Frankreich nur rund 77 Prozent und in Belgien nur 38 Prozent der Einwohner an eine Abwasserbehandlung angebunden.

Gewässergüte

Deutschland ist europaweit Vorreiter bei der Gewässerqualität!

Trotz der bekannt großen Bevölkerungsdichte und trotz der industriellen Ballungsräume haben die Gewässer in Deutschland eine um 1 bis 2 Güte-Stufen bessere Qualität als in Frankreich und Großbritannien, wo die (Ab-) Wasserwirtschaft seit langem von privaten Firmen betrieben wird.

Die Badewasserqualitätsnorm der EU-Richtlinie wird in Frankreich nur bei 65 % und in Großbritannien gar nur bei 25 % der Binnengewässer erfüllt. In Deutschland wird die Richtlinie hingegen in 80 % der Fälle vollständig eingehalten. Dies ist u.a. eine Folge des unterschiedlichen Ausbaugrades der 3. Abwasserreinigungsstufe.

Ausgaben der Verbraucher

Die öffentliche Wasserwirtschaft sichert und garantiert mit ihrer hervorragenden Leistungsfähigkeit sauberes Wasser zu fairen Preisen für alle!

Basierend auf dem höchsten europäischen Leistungs- und Qualitätsniveau, das in der deutschen Wasserwirtschaft herrscht, sind Wasser und Abwasser in Deutschland am preiswertesten. In anderen Ländern werden die Wassergebühren zwar mit Steuermitteln subventioniert, aber auch dies kommt bei den Haushalten als Steuerbelastung an. Rechnet man Gebühren und Steuern zusammen und

zieht das vorbildliche Leistungsniveau in Deutschland heran, wie in der VEWA- Studie (2006) geschehen, so sind die jährlichen Ausgaben pro Einwohner für Trinkwasser hierzulande (84 Euro) um 20 Prozent niedriger als in England/Wales und Frankreich (106 Euro). Die Ausgaben für Abwasser (119 Euro) liegen um 14 Prozent unter den Ausgaben der Verbraucher in England/Wales (138 Euro) bzw. um 2,5 Prozent unter den Ausgaben der Franzosen (122 Euro).

Innerhalb Deutschlands sind die Kosten für die Verbraucher in Städten mit öffentlich-rechtlicher Abwasserentsorgung am günstigsten. Vergleicht man die Schmutzwasserpreise der deutschen Großstädte, so befinden sich unter den 10 teuersten Städten hauptsächlich diejenigen, bei denen private Firmen an der Abwasserentsorgung beteiligt sind. Unter den 10 günstigsten sind ausschließlich Städte, bei denen das Abwassermanagement in öffentlicher Hand ist.

Investitionen der Ver- und Entsorger

Öffentliche Unternehmen gewähren durch kontinuierliche Investitionen eine langfristige Ver- und Entsorgungssicherheit und stehen zu ihrer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen!

Kontinuierliche Investitionen in die Instandhaltung und Erneuerung der Trinkwassernetze und Abwasserkanäle sind ein maßgeblicher Faktor für eine langfristige Ver- und Entsorgungssicherheit durch langlebige Wirtschaftsgüter. Fortlaufendes Investieren in die Funktionsfähigkeit der Anlagen ist für die Kunden langfristig günstiger als ein möglichst langes Aufschieben von Investitionen, wie es oftmals von privaten Unternehmen zugunsten der Gewinnmaximierung betrieben wird.

Die zu über 90 Prozent öffentliche Abwasserentsorgung investiert jährlich rund 5,5 Milliarden Euro in die Infrastruktur und gewährleistet so eine sichere, umweltschonende Abwasserableitung und Abwasser-

ganz normale Investitionen zum Erhalt des Anlagevermögens.

Regionalwirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Wasserwirtschaft

Die öffentliche Wasserwirtschaft fördert die regionale Wirtschaft, vom hohen Investitionsvolumen profitieren private Bau- und Dienstleistungsunternehmen!

Im Bereich des Abwassers werden rund 70 Prozent der Planungs-, Bau- und Betriebsleistungen von privatwirtschaftlichen Unternehmen realisiert. Bei den Bauleistungen allein sind es sogar mehr als 90 Prozent. Der überwiegende Anteil der von der öffentlich-rechtlichen Wasserwirtschaft getätigten Investitionen wird somit direkt an die meist mittelständischen privaten Firmen weitergereicht. Als stetige Auftraggeber fördern die öffentlichen Wasserunternehmen die regionale Wirtschaft und helfen dadurch mit, Arbeitsplätze zu sichern. Die öffentlichen Wasserwirtschaftsunternehmen sind dabei zur Einhaltung transparenter Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien verpflichtet. Dies gibt vor allem regionalen Anbietern im freien Wettbewerb eine Chance. Demgegenüber ist zu beobachten, dass private Konzerne Aufträge intern an Tochterfirmen vergeben sowie ihre Einnahmen nur anteilig wieder in die Infrastruktur investieren und den restlichen Gewinn an ihre Shareholder abführen.

Die öffentliche Wasserwirtschaft steht für hohe Investitionen, kontinuierliche Auftragsvergaben und nachhaltiges Wirtschaften in der Heimatregion.



behandlung. Im europäischen Vergleich führt Deutschland bei den Investitionen die Spitze an. Während die Investitionen in Frankreich noch etwa gleichwertig sind, betragen sie im Vereinigten Königreich weniger als 10 Prozent des deutschen Investitionsniveaus. Insgesamt tätigen deutsche Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen zusammen Investitionen von rund 8 Milliarden Euro pro Jahr.

Die Einnahmen der öffentlichen Wasserwirtschaft werden zu 100 % wieder in die Wasserwirtschaft investiert. Es erfolgt keine Gewinnabführung an private Eigentümer oder Shareholder. Die erhobenen Gebühren decken ohne Quersubventionierung die Kosten der Aufgabenstellung. Da die Einnahmen zweckgebunden sind, bestehen keine Finanzierungsprobleme. Langfristige Investitionsprogramme können in kontinuierlichen Schritten umgesetzt werden. Die notwendigen Investitionen stellen keine Rückstände dar, sondern sind

Ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung

Unterschiedliche Interessen werden durch die ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung der öffentlichen Wasserwirtschaft vereinbar gemacht!

Die öffentliche Wasserwirtschaft steht für eine ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung. Beispiele hierfür sind u.a. Wasserverbände und Zweckverbände, die eine überregionale, flussgebietsübergreifende Wasserwirtschaft betreiben und dabei vielfältige Anforderungen und Abhängigkeiten berücksichtigen können. Ein anderes Modell ist die Lösung der übergreifenden Aufgaben durch Kooperationen innerhalb der öffentlichen Wasserwirtschaft. Hier erfüllt die deutsche Wasserwirtschaft schon heute die Vorgaben der EU-Wasser-rahmenrichtlinie.

Auch auf kommunaler Ebene werden vielfältige Aufgaben der Wasserwirtschaft integrativ wahrgenommen, so zum Beispiel die Abwasserableitung und Abwasserbehandlung in Verbindung mit dem Hochwasser- und Gewässerschutz. Die ganzheitliche Aufgabenwahrnehmung in der Zusammenarbeit bringt Synergien und sorgt für eine höhere Wirtschaftlichkeit.

Kommunaler Gestaltungsspielraum

Die öffentliche Wasserwirtschaft ermöglicht eine unmittelbare Kontrolle und Steuerung durch die Kommunen und stützt so deren Selbstverwaltungsrecht!

Mit öffentlich-rechtlichen Organisationsformen bewahren sich die Kommunen ihren Gestaltungsspielraum in der Wasserwirtschaft. Auch bei einer Einrichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts hat eine Kommune

beispielsweise direkte Weisungsmöglichkeiten durch einen Aufsichts- oder Verwaltungsrat. Die Entwicklung der Wasserwirtschaft und ihrer Infrastruktur ist unmittelbar in das kommunale Planungssystem integriert und damit im Zugriff der Kommune. Durch die demokratische Kette bleibt die Mitgestaltungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger erhalten. Dies gilt auch für größere Zweckverbände oder Wasserverbände, in deren Gremien die jeweiligen Mitglieder direkt vertreten sind.

Durch betriebswirtschaftlich eigenständige öffentlich-rechtliche Unternehmen wird der städtische Haushalt und Kreditrahmen entlastet. Der Bürger wird ebenfalls entlastet, weil die hoheitlichen Aufgaben steuerfrei erbracht werden. Infrastruktur und Sicherung der Daseinsvorsorge gehören nach dem Grundverständnis der Demokratie in die Hände der Bürgerinnen und Bürger. Dies ist die Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müssen vor allem die öffentlichen Partnerschaften ermöglicht und gestärkt werden.

Partner und Motor für Forschung und Entwicklung.

Durch die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen unterstützt die öffentliche Wasserwirtschaft die Entwicklung zukunftsweisender Technologien!

Die öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der Wasserwirtschaft unterhalten teilweise vielfältige und umfangreiche Partnerschaften mit wichtigen Forschungseinrichtungen in Deutschland. Im Rahmen europäischer Förderpolitik beteiligen sie sich unter anderem auch am internationalen Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer.

Die konsequente Unterstützung der Forschung erfolgt dabei in beiderseitigem Interesse. Etwa können Technologien an Anlagen vor Ort in der Praxis getestet werden. Zudem können Wissenschaftler auf die Erfahrungen der Praktiker vor Ort zurückgreifen. Die Entwicklung neuer Technologien, die dann in der Wasserwirtschaft zum Einsatz kommen, hilft den öffentlichen Einrichtungen, ihre Aufgaben

immer zuverlässiger und effizienter zu erfüllen. Als Beispiel sei nur der Einsatz der Membrantechnik im Abwasserbereich genannt.

Forschungsergebnisse, die mit der Unterstützung wasserwirtschaftlicher Einrichtungen erzielt wurden, helfen dem Standort Deutschland, aber auch im internationalen Wettbewerb.

2. Was die öffentliche Wasserwirtschaft für die Zukunft will



Die öffentliche Wasserwirtschaft steht für Modernität und Anpassungsfähigkeit an zukünftige Entwicklungen zur Sicherung des Gemeingutes Wasser! Sie bekennt sich zu einer strategisch-langfristigen Weiterentwicklung und Modernisierung effizienter, kundenorientierter, kostenbewusster und nachhaltiger Dienstleistungen. Demografischer Wandel und die absehbaren Klimaänderungen sind beispielsweise wesentliche Einflüsse, auf die sich auch die Wasserwirtschaft einzustellen hat. Dabei wird deutlich, dass Wasser kein üblich handelbares Wirtschaftsgut

ist, sondern als wichtigste Lebensgrundlage für alle Menschen betrachtet und gesichert werden muss. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist ein Menschenrecht und die Sicherung dieses Zuganges eine Kernaufgabe staatlicher Daseinsfürsorge. Diese darf nicht einem Geschacher um Gewinne unterworfen werden.

Benchmarking und Transparenz

Die öffentliche Wasserwirtschaft lernt freiwillig und kontinuierlich durch freiwillige Vergleiche und wird dadurch noch wirtschaftlicher!

Die öffentliche Wasserwirtschaft setzt auf Transparenz und kontinuierliche Effizienzsteigerung. Seit mehr als 10 Jahren betreibt sie ein freiwilliges Benchmarking. Benchmarking ist ein Instrument, mit dem ein Unternehmen seine Leistungen mit denen anderer Unternehmen vergleichen und daraus seine Leistungen noch wirtschaftlicher gestalten kann. Es erhöht auch die Transparenz für die Verbraucher. Die Transparenz in Aufgabenwahrnehmung und Rechnungslegung zeigt

sich auch darin, dass Jahresabschlüsse öffentlich beschlossen werden müssen.

Wahrung der Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Hand

Das vom Grundgesetz geschützte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden muss erhalten bleiben!

Die Gemeinden müssen Träger der öffentlichen Infrastruktur bleiben. Demokratische Kontrolle von Qualität und Kosten sind essenziell für die örtliche Selbstverwaltung. Der Zugang zu Wasser und der ökologische, verantwortungsbewusste Umgang mit dem Abwasser bis hin zur Rückführung in den Wasserkreislauf muss eingebettet in die übrigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge Sache der Bürgerschaft bleiben.



Förderung öffentlicher Kooperationen

Durch die Kooperation zwischen den Kommunen wird die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Wasserwirtschaft weiter gesteigert. Dieses Modell muss gefördert werden!

Die öffentliche Wasserwirtschaft in Deutschland hat ein hohes Niveau bei günstigen Preisen für die Verbraucher. Die Strukturen sind regional unterschiedlich, angepasst an natürliche und demografische Bedingungen. Unterschiede in Größenordnung und Leistungsfähigkeit der Träger der Wasserwirtschaft können durch interkommunale und regionale Kooperation mit anderen Partnern sowie den Zusammenschluss in öffentlich-rechtlichen Verbänden ausgeglichen, die Effizienz der Ver- bzw. Entsorgung durch Arbeits- und Kostenteilung gesteigert werden. Von einer „interkommunalen Zusammenarbeit“ profitieren auch die Verbraucher durch niedrigere Gebühren und eine höhere Qualität der Leistungen. Es steht eine Vielzahl an öffentlich-rechtlichen Rechtsformen zur Verfügung, die sachgerechte, auf die jeweiligen individuellen Anforderungen zugeschnittene Organisationsformen ermöglichen. Kooperationen von öffentlichen Unternehmen müssen erleichtert werden, das Örtlichkeitsprinzip darf dem nicht entgegenstehen.

Förderung der deutschen Wasserwirtschaft im Ausland

Das Know-how der öffentlichen Wasserwirtschaft muss zur weltweiten Sicherung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser und zu einer sicheren Abwasserentsorgung genutzt werden!

Das Know-how der deutschen Wasserwirtschaft ist weltweit gefragt und wird ständig weiter entwickelt. Der Beitrag der deutschen Wasserwirtschaft zur Erfüllung der internationalen Entwicklungsziele und zur Verbesserung des weltweiten Wassermanagements muss jedoch noch stärker ausgebaut werden. In diesem Sinne können das Wissen und die Erfahrung der öffentlichen Wasserwirtschaft noch stärker für den Transfer genutzt werden.

Langfristige Entwicklungsstrategien

Die öffentliche Wasserwirtschaft steht für langfristige Entwicklungsstrategien, die mit kurzfristigen Gewinnstrategien Privater unvereinbar sind!

Neue Rahmenbedingungen und Anforderungen beispielsweise im Hinblick auf die Veränderung des Klimas und den demografischen Wandel machen langfristige Ent-

wicklungsstrategien notwendig. Dies steht im Widerspruch zu kurzfristigen Gewinninteressen privater Unternehmen und spricht eindeutig für öffentlich-rechtliche Strukturen. Bei Einbindung eines privaten Ver- oder Entsorgers ist es schwierig, auf Veränderungen zu reagieren, vielmehr müssen Änderungen im Vertragsverhältnis immer nachverhandelt werden, was mit zusätzlichen Kosten verbunden ist.

3. Was die öffentliche Wasserwirtschaft verhindern will

Preistreiberei durch Privatisierung

Preissteigerungen durch Privatisierung müssen vermieden werden!

Privatisierung führt häufig zu Preissteigerungen. In Berlin sind die Wasser- und Abwassertarife seit der Beteiligung Privater im Jahr 1999 bis 2007 um rund 30 Prozent gestiegen. Umgekehrt sinken die Preise in Frankreich dort, wo die Trinkwasserversorgung wieder von den Kommunen übernommen wird, um 25 bis 45 Prozent.

Hohe Gewinnmargen in Frankreich von bis zu 40 Prozent und vernachlässigte Investitionen in Netze und Anlagen gehen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. In Deutschland zeigt die Abfallentsorgung, dass immer mehr Kommunen die Aufgaben wieder selbst übernehmen, weil die Privatisierung nicht die erhofften Ergebnisse gebracht hat. Die Gemeinden zeigen dort, dass sie es besser und sogar billiger können.

Kurzfristige Gewinnstrategien sind nicht mit

nachhaltigem Handeln vereinbar. Ebenso wenig sind es Feuerwehrstrategien zur Problemlösung. Diese müssen oft von Privaten angewendet werden, um die Folgen ihres Unterlassens notwendiger Investitionen aufzufangen.

Durch kurzfristiges, auf Profit angelegtes Handeln, werden notwendige Investitionen unterlassen und auf zukünftige Generationen verlagert, der Generationenvertrag damit gekündigt. Nachhaltiges Handeln darf daher nicht durch Feuerwehrstrategien ersetzt werden!

Die Abwasserentsorgung ist in Deutschland eine hoheitliche und damit steuerbefreite Tätigkeit im Sinne der Daseinsvorsorge. In der öffentlich-rechtlich strukturierten Abwasserentsorgung werden somit keine Umsatz- und Unternehmenssteuer fällig. Für die Trinkwasserversorgung gilt unabhängig davon, ob öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Unternehmen die Versorgung übernehmen, der vergünstigte Umsatzsteuersatz von

7 Prozent. Hoheitliche Aufgaben müssen steuerfrei bleiben. Die Verbraucher müssen so von Preissteigerungen von bis zu 20 Prozent und mehr verschont bleiben!

Zerschlagung bewährter öffentlicher Strukturen

Kooperationen öffentlicher Träger dürfen nicht beschränkt werden!

Durch Kooperation öffentlicher Träger wird die Wirtschaftlichkeit ihrer Leistungen gesteigert. Hiervon profitieren auch die Verbraucher durch niedrigere Gebühren und höhere Qualität der Leistungen. Kooperationen öffentlicher Unternehmen müssen daher erleichtert und nicht beschränkt werden.

Unsicherheit in der Versorgung

Die Versorgungssicherheit darf nicht in Frage gestellt werden!

Die deutschen Wasserwirtschaftsunternehmen erbringen Leistungen über ihr Kerngeschäft hinaus, die rechtlich nicht eindeutig festgelegt sind. Hierzu zählt zum Beispiel der umfangreiche Ressourcenschutz zur Sicherstellung einer hohen Qualität des Trinkwassers. Bei einer Privatisierung schmälern solche Leistungen den Gewinn. In vielen Ländern mit privaten Strukturen wird Trinkwasser beispielsweise vermehrt mit Chlor desinfiziert, um Mängel der Rohrnetzpflege zu überdecken.

Wasser ist in Deutschland in ausreichenden Mengen vorhanden. Trotzdem kann es regional zu Engpässen kommen, wenn sich Niederschläge verschieben und sich das Klima ändert. Dafür muss Vorsorge getroffen werden, die im Widerspruch zu kurzfristigen Unternehmensstrategien steht. Versäumnisse

bei Investitionen in die Infrastruktur sind direkte Ursache für Versorgungskrisen, wie sie anderswo in Europa zu beobachten sind. Zum Beispiel kam es im privatwirtschaftlich geprägten England/Wales in den besonders regenarmen Jahren 1995 und 2003 zu ernsthaften Versorgungskrisen. Ganze Regionen mussten monatelang aus Tankwagen versorgt werden. Die öffentliche Wasserwirtschaft steht dahingegen für eine nachhaltige Versorgungssicherheit.

Vergeudung der Ressourcen

Die lebenswichtige Ressource Trinkwasser darf nicht vergeudet werden!

Es darf in den Netzen nicht zu übermäßigen Wasserverlusten und somit zur Vergeudung der wertvollen, lebenswichtigen Ressource Trinkwasser kommen. Auch bei der Abwasserentsorgung führen marode Netze zu verschwenderischem Umgang mit dem Wasser. Hinsichtlich der weltweit zunehmenden Wasserknappheit kann auch ein wasserreiches Land wie Deutschland die Ressource Wasser nicht vergeuden.

Unangemessener Kontrollaufwand

Private Dienstleistungen bedeuten einen höheren staatlichen Kontrollaufwand!

Da die öffentliche Wasserwirtschaft nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterworfen ist, unterliegt sie auch nicht der Versuchung, Standards abzusenken oder notwendige Investitionen hinauszuzögern.

Es steht zu befürchten, dass zur Sicherung einer ausreichenden Aufgabenerfüllung durch private Dienstleistung ein höherer staatlicher Kontrollaufwand betrieben werden muss.

Dieser verursacht Kosten, die aus dem allgemeinen Steueraufkommen, also von der Öffentlichkeit, finanziert werden müssen.

Scheinwettbewerb und private Monopole

Bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben der Wasserwirtschaft durch Private entsteht für den Verbraucher kein Wettbewerb.

Für die unmittelbaren Bezieher von Trinkwasser und „Produzenten“ von Abwasser gibt es keine Wahlmöglichkeit des Dienstleisters. Sie sind auf den lokalen Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger angewiesen. Ein Kölner könnte zum Beispiel sein Abwasser nicht in einer anderen Stadt reinigen lassen, weil es dort eventuell billiger wäre. Daran ändert sich auch bei einer Privatisierung von wasserwirtschaftlichen Aufgaben nichts. Die öffentliche Verantwortung für ein natürliches Monopol in der Daseinsvorsorge würde durch ein privates Monopol abgelöst. Für den Verbraucher stellt sich die ganze Diskussion um mehr Wettbewerb in der Wasserwirtschaft somit als Scheinwettbewerb dar.

Das öffentlich-rechtliche Modell der Daseinsvorsorge bietet dem Verbraucher jedoch Vorteile: Die Aufgabenerfüllung öffentlicher Unternehmen richtet sich nach Kriterien der Ver- und Entsorgungssicherheit, der Gesundheit, der Qualität und des Kostenbewusstseins. Es wird kontrolliert durch Gremien, durch die er über die demokratische Kette einen bestimmten Einfluss hat. Private Monopolisten bieten dagegen vor allen Dingen die Gefahr der Standardabsenkung, der Investitionsvermeidung und der gleichzeitigen Gewinnmaximierung.

Auch das Argument, öffentlich-rechtliche Unternehmen seien per se teurer als private Unternehmen, trifft neben den bereits oben genannten Gründen aus einem weiteren



Grund nicht zu: Die kommunalen Vertreter in den Unternehmen oder in Verbandsgremien haben ein direktes Interesse daran, öffentliche Unternehmen zu kostengünstigem Handeln anzuhalten, weil sie nämlich Kostensteigerungen gegenüber den Wählern zu vertreten haben.